



Bereich: Finanzen
Az: 20-32-92
Datum: 03.11.2011

2011/326
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2011	
Rat der Stadt	08.12.2011	

Betreff

Beteiligung an der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Verwaltungen eG (EKVeG)

Finanzielle Auswirkungen

- ☐ keine haushaltsmäßige Berührung
- ☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel beschließt, der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Verwaltungen eG (EKVeG) beizutreten und beauftragt die Verwaltung das formale Anzeigeverfahren bei der Bezirksregierung Arnsberg einzuleiten.

Beisenherz
Bürgermeister

Tesch
Kämmerin

Sachverhalt

Die Stadt Castrop-Rauxel beabsichtigt, der Einkaufsgemeinschaft Kommunalen Verwaltungen eG (EKVeG) des Deutschen Städtetags beizutreten.

Der Beitritt bedingt eine Genossenschaftseinlage von 500 €. Die Genossenschaftseinlage würde in Form einer investiven Auszahlung erfolgen. Eine Deckung aus ZIRE - Mitteln wird vorgeschlagen.

Für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Einkaufsgemeinschaft werden darüber hinaus Leistungsvergütungen berechnet, die den Mitgliedern, je nach Intensität der Inanspruchnahme, nach Erstellung des Jahresabschlusses, in Rechnung gestellt werden. Die anstehenden Leistungsvergütungen werden entsprechend bei der Haushaltsplanaufstellung 2012 berücksichtigt. Eine Kompensation wird über die Ersparnisse bei den Einkaufskonditionen erwartet. Zudem besteht die Möglichkeit an Überschüssen der Genossenschaft in Form von genossenschaftlichen Rückvergütungen zu profitieren. Solche Boni sind im Vorhinein jedoch nicht kalkulierbar und entsprechende Erfahrungswerte sind ebenfalls nicht vorhanden.

Durch den Beitritt werden sich verschiedenste Vorteile für die Stadt Castrop-Rauxel erhofft. Vorrangig wird die Wirtschaftlichkeit einer solchen Mitgliedschaft in den vergünstigten Einkaufskonditionen begründet. Durch die Bündelung der Bedarfe verschiedener Bedarfsstellen können Rahmenvereinbarungen seitens der Einkaufsgemeinschaft abgeschlossen werden, die in der Regel günstigere Preise beinhalten, als einzelne Beschaffungen erzielen würden. Nach Informationen durch die Einkaufsgemeinschaft sind einige Standardbedarfe bereits gebündelt, so dass diese Rahmenvereinbarungen direkt nach Beitritt genutzt werden könnten. Gängige Bedarfe (Büromaterial, Möblierung, Desinfektions- und Reinigungsmittel etc.) können so durch vereinfachte Abrufe aus diesen Rahmenvereinbarungen gedeckt werden. Perspektivisch könnten zudem umfangreichere Vergabeverfahren über die Einkaufsgemeinschaft sowohl alleine als auch in Kooperation mit anderen Kommunen abgewickelt werden.

Die Entscheidung über den auszuwählenden Vertragspartner aus dem Vergabeverfahren obliegt dabei weiterhin der Stadt Castrop-Rauxel. Dies wird über die Ausschreibung in Losen für die verschiedenen Teilnehmer an der Ausschreibung gewährleistet. Die Verteilung einzelner Bedarfe einer Ausschreibung in Lose bei mehreren verschiedenen Kommunen als Auftraggeber ist vor dem Hintergrund der Mittelstandsfreundlichkeit als positiv zu bewerten. Ein Umgehen des Vergaberechts findet dadurch ebenfalls nicht statt. Der Wettbewerb bleibt ungeachtet der losweisen Vergabe erhalten.

Weiterhin ist als vorteilhaft anzumerken, dass auch die Submissionen der durchgeführten Vergabeverfahren durch die Einkaufsgemeinschaft durchgeführt werden. Durch die Trennung der Funktionen „Submission“ und „Zuschlagserteilung“ wird der Korruptionsprävention Rechnung getragen.

Der beabsichtigte Beitritt ist bereits vorab beim Landrat angefragt worden. Von dort aus wird ein Beitritt der Stadt Castrop-Rauxel eindeutig begrüßt, da sich wirtschaftliche Vorteile ergeben können und das Risiko auf den Genossenschaftsanteil von 500 € begrenzt ist.

Der Beitritt bedingt ein formales Anzeigeverfahren nach § 120 Abs. 5 GO NRW bei der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg einzuleiten. Erst im Anschluss hieran ist der

Beitrittsantrag an die Einkaufsgemeinschaft zu richten und die Genossenschaftseinlage zu zahlen.

Anlage 1 - Finanzielle Auswirkungen -

I. Mittelbedarf:

davon

Ergebnisplan

Aufwendungen:	- €
- Erträge von Dritten:	- €
= Städtischer Eigenanteil:	- €

davon

Finanzplan

Auszahlungen:	500 €
- Einzahlungen von Dritten:	500 €
= Städtischer Finanzierungsanteil:	0 €

(Daten zur Investitionsmaßnahme
siehe Anlage 2)

Die benötigten Haushaltsmittel stehen zur Verfügung:

JA

☐

Buchungsstelle:

NEIN

☐

Siehe Erläuterungen / Angabe von Deckungsvorschlägen

Erläuterungen / Angabe von Deckungsvorschlägen:

**Die benötigten Mittel sind in den Haushaltsplan 2012 aufzunehmen.
Eine entsprechende Deckung wird aus ZIRE – Mitteln gewährleistet.**

Bei Maßnahmen des Finanzplanes:

☐ Die Maßnahme ist in der vom Rat beschlossenen Dringlichkeitsliste enthalten.

☐ Die Maßnahme ist in die vom Rat beschlossene Dringlichkeitsliste zusätzlich aufzunehmen bzw. eine Erweiterung der Maßnahme ist vorzunehmen.

☒ Die Maßnahme ist in die vom Rat zu beschließende Dringlichkeitsliste aufzunehmen.

II. Auswirkungen auf die mittelfristige Haushaltsplanung:

Ergebnisplan	2009	2010	2011	2012	insgesamt
Personalaufwendungen	€	€	€	€	€
Sachaufwendungen	€	€	€	€	€
Zinsaufwendungen	€	€	€	€	€
Aufwendungen für Abschreib.	€	€	€	€	€
Zusätzliche Erträge	€	€	€	€	€
Mindererträge	€	€	€	€	€
Summe	€	€	€	€	€

Die Finanzierung ist innerhalb der mittelfristigen Haushaltsplanung für die Produktgruppe

☐

gesichert

☐

nicht gesichert

**III. Es wurde geprüft, dass es sich um eine Maßnahme handelt, die unter Berücksichtigung der
Vorgaben des § 82 GO NRW notwendig und unabweisbar ist.**

Daten zur Investitionsmaßnahme:
(Anlage 2)

1. Gesamtwerte

Maßnahme/Gegenstand		Anschaffungs- und Herstellungskosten			Zuwendungen		
Buchungs- stelle	Gegenstand	Investive Auszahlung	Akt. Eigen- leistung	Summe	Zuwendungs- geber 1	Zuwendungs- geber 2	Summe
Summe:							

Maßnahme/Gegenstand							
Buchungs- stelle	Gegenstand	Eigenanteil	Nutzungs- dauer (Jahre)	Aktivierung (Zeitpunkt der Inbetr./Herst.)	Kostenstelle		

2. Darstellung der Folgeaufwendungen und /-erträge

Maßnahme/Gegenstand			Abschreibungen				
			Grundwerte		Abschreibungsbeträge		
	Nutzungs- beginn	Nutzungsende	Abschr. / Jahr	Abschr. / Monat	Abschr. im 1. Jahr	Abschr. in Folgejahren	Abschr. im letzten Jahr

Maßnahme/Gegenstand			Erträge aus der Auflösung von Sonderposten				
			Grundwerte		Ertragswerte		
	Nutzungs- beginn	Nutzungsende	Ertrag / Jahr	Ertrag / Monat	Ertrag im 1. Jahr	Ertrag in Folgejahren	Ertrag im letzten Jahr

3. Finanzielle Auswirkungen der Investitionsmaß-
nahme

Zeitraum	Finanzplanung		
	Auszahlung	Einzahlung	Saldo
Summe:			

Zeitraum	Ergebnisplanung		
	Aufwand	Ertrag	Saldo
Summe:			